

1996

Ausgegeben zu Bonn am 23. Januar 1996

Nr. 2

Tag	Inhalt	Seite
10. 1. 96	Gesetz zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr FNA: neu: 613-5-28 GESTA: XD4	18
12. 1. 96	Gesetz zu dem Abkommen vom 15. März 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen FNA: neu: 215-11 GESTA: XB3	27
23. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung	34
27. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung des Europarates sowie über die Änderung ihres Artikels 26	34
27. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	36
27. 11. 95	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Ungarn	37
27. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	38
28. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz archäologischer Kulturgüter	39
30. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vierten und des Fünften Protokolls zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates	39
30. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen	40
1. 12. 95	Bekanntmachung der deutsch-weißrussischen Vereinbarung über das Außerkrafttreten des deutsch-sowjetischen Abkommens vom 13. Juni 1989 über Jugendaustausch im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus	41
1. 12. 95	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Komitee für Jugendfragen beim Ministerrat der Republik Belarus über jugendpolitische Zusammenarbeit	42
4. 12. 95	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit der Arabischen Republik Syrien	44
4. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten	45
6. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung	45
6. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls Nr. 9 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	46
6. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	46
6. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	47
6. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe	48

Mit dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts wird den Abonnenten die Neuauflage des Fundstellennachweises B (Völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge zur Vorbereitung und Herstellung der Einheit Deutschlands), abgeschlossen am 31. Dezember 1995, gesondert übersandt.

Gesetz
zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über Erleichterungen der Grenzabfertigung
im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr

Vom 10. Januar 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Furth im Wald am 19. Mai 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesministerien des Innern und der Finanzen werden jeweils für ihren Geschäftsbereich ermächtigt, ohne Zustimmung des Bundesrates die Rechtsverordnungen zu erlassen, die zur Durchführung der Vereinbarungen nach Artikel 1 Abs. 3 des Vertrags über

- a) die Errichtung zusammenliegender und vorgeschobener Grenzdienststellen einschließlich ihres Amtsbereichs,
- b) die Strecken, auf denen die Bediensteten beider Vertragsparteien in den Verkehrsmitteln während der Fahrt die Grenzabfertigung vornehmen, erforderlich sind.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 28 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 10. Januar 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister des Innern
Kanther

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über Erleichterungen der Grenzabfertigung
im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o ulehčení pohraničního odbavování
v železniční, silniční a vodní dopravě

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
 a
 Česká republika

in der Absicht, die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen beiden Staaten zu erleichtern –

vedeny úmyslem ulehčit pohraniční odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě mezi oběma státy,

sind wie folgt übereingekommen:

se dohodly takto:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Část 1
Obecná ustanovení

Artikel 1

Článek 1

(1) Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen beiden Staaten zu erleichtern und zu beschleunigen.

(1) Smluvní strany učiní všechna potřebná opatření pro ulehčení a urychlení pohraničního odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě mezi oběma státy.

(2) Grenzdienststellen der einen Vertragspartei oder Bedienstete solcher Stellen können nach Maßgabe des Absatzes 3 die Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vornehmen.

(2) Pohraniční odbavovací stanoviště jedné smluvní strany nebo pracovníci takových míst mohou provádět pohraniční odbavování na výsostném území druhé smluvní strany podle odstavce 3.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bestimmen durch Vereinbarung, in welchen Fällen, in welchem Umfang und in welcher Zone die Grenzabfertigung der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorgenommen wird. Sie können die Grenzabfertigung während der Fahrt im Zuge und auf Schiffen auf bestimmten Strecken sowie die Errichtung vorgeschobener Grenzdienststellen der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vereinbaren.

(3) Příslušné orgány smluvních stran stanoví ujednáním, ve kterých případech, v jakém rozsahu a prostoru bude prováděno pohraniční odbavování jedné smluvní strany na výsostném území druhé smluvní strany. Mohou se dohodnout na pohraničním odbavování během jízdy ve vlaku a na lodích na stanovených trasách, jakož i na zřízení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť jedné smluvní strany na výsostném území druhé smluvní strany.

(4) Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, in Ausnahmefällen kurzfristig und vorübergehend die Kontrolle vom Gebietsstaat auf das eigene Hoheitsgebiet zurückzuverlagern. Der Gebietsstaat wird über eine solche Verlagerung möglichst vorher unterrichtet.

(4) Smluvní strany si vyhrazují právo krátkodobě a přechodně přesunout ve výjimečných případech kontrolu z územního státu zpět na vlastní výsostné území. Území stát bude o takovémto přesunutí, jak je jen možno předem, informován.

Artikel 2

Článek 2

Im Sinne dieses Vertrags bezeichnen die Begriffe

Ve smyslu této smlouvy se rozumí:

- a) „Grenzabfertigung“ die Durchführung aller Vorschriften der Vertragsparteien, die aus Anlaß des Grenzübertritts von Personen und der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, einschließlich der Transportmittel, oder von Werten, die den Devisenbestimmungen unterliegen, anzuwenden sind;
- b) „Gebietsstaat“ den Staat, auf dessen Hoheitsgebiet die andere Vertragspartei vorgeschobene Grenzdienststellen errichtet

- a) „pohraničním odbavováním“ provádění všech předpisů smluvních stran, které je třeba uplatňovat při překračování státních hranic osobami a při dovozu, vývozu a tranzitu zboží, včetně dopravních prostředků nebo hodnot, které podléhají devizovým předpisům;
- b) „územním státem“ stát, na jehož výsostném území zřídí druhá smluvní strana předsunutá pohraniční odbavovací stanoviště

- oder sonst die Grenzabfertigung von ihren Bediensteten vornehmen läßt;
- c) „Nachbarstaat“ die andere Vertragspartei;
- d) „Bedienstete“ die Personen, die als Angehörige der für die Grenzabfertigung zuständigen Behörden ihren Dienst bei den vorgeschobenen Grenzdienststellen oder in Verkehrsmitteln während der Fahrt ausüben, sowie die mit der Dienstaufsicht beauftragten Personen;
- e) „Zone“ den Bereich des Gebietsstaats, in dem die Bediensteten des Nachbarstaats berechtigt sind, die Grenzabfertigung vorzunehmen.

Artikel 3

(1) Für die Grenzabfertigung durch Bedienstete des Nachbarstaats finden im Gebietsstaat die Vorschriften des Nachbarstaats nach Maßgabe dieses Vertrags Anwendung. Im übrigen gilt das Recht des Gebietsstaats.

(2) Die in der gemäß Artikel 1 Absatz 3 bestimmten Zone von den Bediensteten des Nachbarstaats durchgeführten Amtshandlungen gelten als in der Gemeinde des Nachbarstaats durchgeführt, in deren Gebiet sich der zugehörige Grenzübergang befindet.

(3) Wird in der Zone gegen die in Artikel 2 Buchstabe a genannten Vorschriften des Nachbarstaats verstoßen, so gelten diese Zuwiderhandlungen als in der im Absatz 2 genannten Gemeinde begangen.

Artikel 4

(1) Die Grenzabfertigung des Ausgangsstaats wird vor der Grenzabfertigung des Eingangsstaats durchgeführt, sofern nicht Artikel 5 Anwendung findet.

(2) Nach Beginn der Grenzabfertigung durch Bedienstete des Ausgangsstaats dürfen die Bediensteten des Eingangsstaats mit der Grenzabfertigung der von den Bediensteten des Ausgangsstaats bereits abgefertigten Personen und Waren einschließlich sonstiger Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, beginnen. Dies gilt auch, wenn der Ausgangsstaat auf die Grenzabfertigung verzichtet hat.

(3) Nach Beginn der Grenzabfertigung durch Bedienstete des Eingangsstaats gemäß Absatz 2 dürfen die Bediensteten des Ausgangsstaats Grenzabfertigungshandlungen nicht mehr vornehmen. Wenn sich jedoch nach Beginn der Eingangsabfertigung der Verdacht einer strafbaren Handlung ergibt oder wenn nachträglich bekannt wird, daß sich eine Person, nach der zur Festnahme gefahndet wird oder die in Gewahrsam zu nehmen ist, in der Zone befindet, sind die Bediensteten des Ausgangsstaats mit Einverständnis der Bediensteten des Eingangsstaats berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen nachzuholen oder wiederaufzunehmen.

Artikel 5

Die Bediensteten der Vertragsparteien dürfen im gegenseitigen Einvernehmen von der im Artikel 4 Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge abweichen, wenn es im Interesse einer raschen Grenzabfertigung geboten ist. In diesen Ausnahmefällen dürfen die Bediensteten des Eingangsstaats Festnahmen oder Ingewahrsamnahmen von Personen oder Beschlagnahmen von Waren erst nach Beendigung der Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Ausgangsstaats vornehmen. Sie führen, wenn sie eine solche Maßnahme treffen wollen, diese Personen und Waren einschließlich sonstiger Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, den Bediensteten des Ausgangsstaats zu, wenn die Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Ausgangsstaats hinsichtlich dieser Personen und Waren noch nicht beendet ist. Wollen die Bediensteten des Ausgangsstaats ihrerseits Festnahmen, Ingewahrsamnahmen oder Beschlagnahmen vornehmen, so gebührt ihnen der Vorrang. Die Bestimmungen des Artikels 7 bleiben unberührt.

- oder sonst die Grenzabfertigung von ihren Bediensteten vornehmen läßt;
- c) „sousedním státem“ druhá smluvní strana;
- d) „pracovníky“ osoby, které jako pracovníci orgánů příslušných pro pohraniční odbavování vykonávají službu na předem stanovených pohraničních odbavovacích staništích nebo v dopravních prostředcích během jízdy, jakož i osoby pověřené služebním dozorem;
- e) „prostorem“ oblast územního státu, v níž jsou pracovníci sousedního státu oprávněni provádět pohraniční odbavování.

Článek 3

(1) Pro pohraniční odbavování pracovníky sousedního státu se v územním státě uplatňují předpisy sousedního státu podle této smlouvy. V ostatním platí právo územního státu.

(2) Úřední úkony prováděné pracovníky sousedního státu v prostoru stanoveném podle článku 1 odst. 3 se považují za úkony provedené obcí sousedního státu, na jejímž území se příslušný hraniční přechod nachází.

(3) Dojde-li v tomto prostoru k porušení předpisů sousedního státu, uvedených v článku 2 písm. a), považují se za porušení spáchaná v obci uvedené v odstavci 2.

Článek 4

(1) Pohraniční odbavování výstupního státu se provádí před pohraničním odbavováním vstupního státu, pokud se nepoužije článku 5.

(2) Po zahájení pohraničního odbavování pracovníky výstupního státu mohou pracovníci vstupního státu zahájit pohraniční odbavování osob a zboží včetně ostatních hodnot podléhajících devizovým předpisům, které již byly pracovníky výstupního státu odbaveny. Toto platí i v případě, pokud výstupní stát od pohraničního odbavování upustil.

(3) Po zahájení pohraničního odbavování pracovníky vstupního státu podle odstavce 2 již nesmějí pracovníci výstupního státu provádět úkony pohraničního odbavování. Jestliže však vznikne po zahájení vstupního odbavování podezření z trestného jednání nebo se dodatečně zjistí, že osoba, o které je vyhlášeno pátrání v prostoru, jsou pracovníci výstupního státu se souhlasem pracovníků vstupního státu oprávněni úkony pohraničního odbavování dodatečně provést či opětovně zahájit.

Článek 5

Pracovníci smluvních stran se po vzájemné dohodě mohou odchýlit od pořadí stanoveného v článku 4 odst. 1, pokud je to v zájmu rychlého pohraničního odbavení. V těchto výjimečných případech mohou pracovníci vstupního státu provést zadržení nebo zajištění osob nebo zabavení zboží teprve po ukončení pohraničního odbavení pracovníky výstupního státu. Chtějí-li takovéto opatření učinit, předvádějí tyto osoby včetně zboží a jiných hodnot podléhajících devizovým předpisům, pracovníkům výstupního státu, pokud pohraniční odbavení těchto osob a zboží pracovníky výstupního státu není ještě ukončeno. Chtějí-li pracovníci výstupního státu sami provést zadržení, zajištění nebo zabavení, mají přednost. Ustanovení článku 7 nejsou dotčena.

Artikel 6

Die Bediensteten des Nachbarstaats dürfen, soweit dieser Vertrag nicht etwas anderes bestimmt, alle Vorschriften ihres Staats über die Grenzabfertigung, einschließlich der Regelungen über entsprechende Befugnisse, im Gebietsstaat in gleicher Weise, in gleichem Umfang und mit gleichen Folgen wie im eigenen Staat anwenden.

Artikel 7

(1) Zu den in Artikel 6 erwähnten Befugnissen gehört auch das Recht der Festnahme, Ingewahrsamnahme, Zurückweisung und das Recht zur Verbringung in den Nachbarstaat. Die Bediensteten des Nachbarstaats sind jedoch nicht befugt, Angehörige des Gebietsstaats auf dessen Hoheitsgebiet festzunehmen, in Gewahrsam zu nehmen, in Haft zu halten oder in den Nachbarstaat zu verbringen. Sie dürfen aber diese Personen der eigenen vorgeschobenen Grenzdienststelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der Grenzdienststelle des Gebietsstaats zur schriftlichen Aufnahme des Sachverhalts zwangsweise vorführen.

(2) Bei Maßnahmen nach Absatz 1 ist unverzüglich ein Bediensteter des Gebietsstaats hinzuzuziehen.

(3) Das Asylrecht des Gebietsstaats bleibt unberührt.

Artikel 8

(1) Auf den für den grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehr bestimmten Wegen, die vom Hoheitsgebiet des Nachbarstaats zu seinen in den Gebietsstaat vorgeschobenen Grenzdienststellen führen, gelten die Vorschriften über die Grenzabfertigung beider Staaten mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen des Ausgangsstaats vor denen des Eingangsstaats anzuwenden sind.

(2) Die Einhaltung der Vorschriften beider Staaten ist durch die zuständigen Grenzdienststellen des Gebietsstaats zu überwachen. Im Fall einer Verletzung dieser Vorschriften sind festgenommene oder in Gewahrsam genommene Personen und beschlagnahmte Waren sowie Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, zunächst den Grenzdienststellen des Ausgangsstaats zur Durchführung der Grenzabfertigung zu übergeben. Die Bestimmungen des Artikels 7 bleiben unberührt.

Artikel 9

Personen, denen der Grenzübertritt von den Bediensteten des Eingangsstaats nicht gestattet wird, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verwehrt werden. Erforderlichenfalls sind sie von den Bediensteten des Ausgangsstaats zwangsweise zurückzubefördern.

Artikel 10

(1) Die zuständigen Grenzdienststellen der Vertragsparteien unterstützen sich bei der Grenzabfertigung nach diesem Vertrag gegenseitig. Sie tauschen auch personenbezogene Daten aus, wenn deren Übermittlung für die Durchführung der Grenzabfertigung erforderlich ist.

(2) Soweit aufgrund dieses Vertrags nach Maßgabe des nationalen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

- a) Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Vertragspartei vorgeschriebenen Bedingungen zulässig;
- b) der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse;
- c) personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Grenzdienststellen sowie
 - in der Bundesrepublik Deutschland an die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte in Strafsachen,

Článek 6

Pracovníci sousedního státu v územním státě uplatňovat všechny předpisy svého státu o pohraničním odbavování včetně ustanovení o příslušných oprávněních stejným způsobem, ve stejném rozsahu a se stejnými následky jako ve vlastním státě, pokud tato smlouva nestanoví jinak.

Článek 7

(1) K oprávnění a vrácení zpět a právo převezení do sousedního státu. Pracovníci sousedního státu však nejsou oprávněni k tomu, aby státní příslušníky územního státu na jeho výsoštném území zadržovali, zajišťovali, drželi ve vazbě nebo je převázeli do sousedního státu. Mohou však tyto osoby nuceně předvádět na vlastní předsunuté pohraniční odbavovací stanoviště, nebo neexistuje-li, na pohraniční odbavovací stanoviště územního státu k písemnému záznamu o stavu věci.

(2) Při opatřeních podle odstavce 1 je nutno neodkladně přivzat pracovníka územního státu.

(3) Azylové právo územního státu není dotčeno.

Článek 8

(1) Na trasách vedoucích z výsoštného území sousedního státu k jeho předsunutým pohraničním odbavovacím stanovištím v územním státě, určených k přeshraniční přepravě osob a zboží, se uplatňují předpisy týkající se pohraničního odbavování obou států s tím, že předpisy výstupního státu se použijí před předpisy státu vstupního.

(2) Na dodržování předpisů obou států musí dohlížet příslušná pohraniční odbavovací stanoviště územního státu. V případě porušení těchto předpisů se zadržené nebo zajištěné osoby a zabavené zboží, jakož i hodnoty podléhající devizovým předpisům, předávají nejdříve pohraničním odbavovacím výstupního státu k provedení pohraničního odbavení. Ustanovení článku 7 nejsou dotčena.

Článek 9

Osobám, jimž není pracovníky vstupního státu povoleno překročení státních hranic, nesmí být bráněno v návratu do výstupního státu. V případě potřeby jsou tyto osoby dopravovány pracovníky výstupního státu zpět nuceně.

Článek 10

(1) Příslušná pohraniční odbavovací stanoviště smluvních stran se vzájemně podporují při pohraničním odbavování podle této smlouvy. Vyměňují si rovněž osobní údaje v případě, že jejich předání je potřebné pro provádění pohraničního odbavování.

(2) Pokud se na základě této smlouvy v souladu s vnitrostátním právem předávají údaje, platí následující ustanovení:

- a) použití údajů příjemcem je přípustné jen k uvedenému účelu a za podmínek stanovených předávající smluvní stranou;
- b) příjemce na žádost informuje předávající smluvní stranu o použití předaných údajů a o výsledcích tím získaných;
- c) osobní údaje se mohou předávat výlučně příslušným pohraničním odbavovacím stanovištím, jakož i
 - ve Spolkové republice Německo orgánům činným v trestním stíhání a soudům ve věcech trestních,

- in der Tschechischen Republik an die im Strafverfahren tätigen Behörden
übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen;
- d) die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen;
- e) dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird;
- f) die übermittelnde Vertragspartei weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem Recht geltenden Löschungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald der Grund für ihre Übermittlung entfällt;
- g) die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen;
- h) die Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- (3) Wird jemand infolge der Übermittlung von Daten nach diesem Vertrag durch eine rechtswidrige Handlung geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Vertragspartei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Vertragspartei verursacht worden ist.
- v České republice orgánům se může uskutečnit jen s předchozím souhlasem předávajícího místa;
- d) předávající smluvní strana je povinna dbát na správnost údajů, jež mají být předány, jakož i na jejich potřebnost a úměrnost ve vztahu k účelu, který přenos údajů sleduje. Přitom je třeba respektovat zákazy předávání údajů stanovené příslušným vnitrostátním právem. Zjistí-li se, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být předány, je třeba to příjemci neprodleně sdělit. Tento je povinen provést jejich opravu nebo údaje zničit;
- e) dotčené osobě je třeba na žádost poskytnout informaci o údajích k ní existujících, jakož i o zamýšleném účelu jejich použití. Povinnost k jejímu poskytnutí není dána, jestliže se zvaží, že veřejný zájem na neposkytnutí takovéto informace převažuje nad zájmem dotčené osoby na jejím sdělení. Jinak se řídí právo dotčené osoby na poskytnutí informací o údajích k ní existujících vnitrostátním právem té smluvní strany, na jejímž území bylo o informaci požádáno;
- f) předávající smluvní strana upozorní při předání údajů na lhůty pro výmaz těchto údajů stanovené jejím právem. Nezávisle na těchto lhůtách je nutno předané osobní údaje vymazat, jakmile pomine důvod jejich předání;
- g) smluvní strany jsou povinny vést evidenci o předávání a příjmu osobních údajů;
- h) smluvní strany jsou povinny účinně chránit předané osobní údaje proti neoprávněnému přístupu k nim, jejich neoprávněným a neoprávněným oznámením.
- (3) Bude-li osoba v důsledku předání údajů podle této smlouvy poškozena protiprávním, odpovědnost za škodu nese přijímající smluvní strana podle svých vnitrostátních právních předpisů. Ve vztahu k poškozenému se nemůže odvolávat na to, že škoda byla způsobena předávající smluvní stranou.

Abschnitt II Rechtsstellung der Bediensteten des Nachbarstaats

Artikel 11

Die Bediensteten des Nachbarstaats dürfen sich aufgrund eines mit Lichtbild versehenen Dienstausweises zu der Grenzdienststelle begeben, bei der sie ihre dienstliche Tätigkeit im Gebietsstaat durchzuführen haben.

Artikel 12

Die Bediensteten des Nachbarstaats, die aufgrund dieses Vertrags ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben, können bei Ausübung des Dienstes ihre Dienstkleidung und ihre Dienstwaffe tragen sowie Diensthunde mitführen. Von der Waffe dürfen sie im Gebietsstaat nur im Fall der Notwehr Gebrauch machen.

Artikel 13

(1) Die strafrechtlichen Bestimmungen des Gebietsstaats zum Schutz seiner Bediensteten gelten auch für strafbare Handlungen gegen die Bediensteten des Nachbarstaats in Ausübung des Dienstes im Gebietsstaat oder in Zusammenhang mit diesem Dienst.

Část II Právní postavení pracovníků sousedního státu

Článek 11

Pracovníci sousedního státu mohou docházet na pohraniční odbavovací stanoviště, kde vykonávají svoji služební činnost v územním státě, na základě služebního průkazu opatřeného fotografií.

Článek 12

Pracovníci sousedního státu, kteří na základě této smlouvy vykonávají svoji službu v územním státě, mohou při výkonu služby nosit stejnokroj a služební zbraň a vodit sebou služební psy. Zbraň smějí v územním státě použít pouze v případě nutné sebeobrany.

Článek 13

(1) Trestně právní ustanovení územního státu na ochranu jeho pracovníků se vztahují rovněž na trestné činy proti pracovníkům sousedního státu při výkonu služby v územním státě nebo v souvislosti s touto službou.

(2) Von strafbaren Handlungen, die von den Bediensteten des Nachbarstaats im Gebietsstaat begangen werden, ist die vorgeetzte Dienststelle dieser Bediensteten durch die entsprechende Dienststelle des Gebietsstaats unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 14

(1) Ansprüche auf Ersatz von Schäden, die Bedienstete des Nachbarstaats in Ausübung ihres Dienstes oder im Zusammenhang mit diesem Dienst im Gebietsstaat verursachen, unterstehen dem Recht des Nachbarstaats und sind vor dessen Gerichten geltend zu machen. Die Angehörigen des Gebietsstaats sind hinsichtlich solcher Ansprüche den Angehörigen des Nachbarstaats gleichgestellt.

(2) Wird ein Bediensteter des Nachbarstaats im Gebietsstaat während der Ausübung seines Dienstes oder im Zusammenhang mit diesem Dienst getötet oder verletzt oder wird eine Sache, die er mit sich führt oder an sich trägt, beschädigt oder vernichtet, so sind die Ansprüche auf Ersatz dieser Schäden nach dem Recht des Nachbarstaats zu beurteilen.

(3) Zur Entscheidung über Schadensersatzansprüche nach Absatz 2 sind die Gerichte jener Vertragspartei zuständig, auf deren Hoheitsgebiet das den Schaden verursachende Verhalten gesetzt worden ist oder in dem der Schädiger seinen ständigen Wohnsitz hat. Zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen ständigen Wohnsitz hat.

Artikel 15

(1) Alle zum dienstlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände, welche die im Gebietsstaat tätigen Bediensteten des Nachbarstaats ein- oder ausführen, bleiben frei von Zöllen und sonstigen Abgaben.

(2) Frei von Zöllen und sonstigen Abgaben bleiben auch die Gegenstände des persönlichen Bedarfs einschließlich der Lebensmittel, welche die Bediensteten auf dem Wege zum und vom Dienst mit sich führen und während ihres dienstlichen Aufenthalts im Gebietsstaat benötigen.

(3) Dienstfahrzeuge und eigene Fahrzeuge, mit denen Bedienstete des Nachbarstaats zur Ausübung ihres Dienstes in den Gebietsstaat fahren und in den Nachbarstaat zurückkehren, bleiben unter entsprechenden Kontrollmaßnahmen frei von Zöllen und sonstigen Abgaben. Die Leistung einer Sicherheit entfällt.

(4) Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf die in den Absätzen 1 bis 3 angeführten Gegenstände und Fahrzeuge keine Anwendung.

Artikel 16

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaats, die aufgrund dieses Vertrags regelmäßig im Gebietsstaat beschäftigt werden, sind den entsprechenden Grenzdienststellen des Gebietsstaats vor Entsendung schriftlich unter Angabe der Geburtsdaten und der Amtsbezeichnung zu benennen.

(2) Jede Vertragspartei wird ihre Bediensteten auf Verlangen der anderen Vertragspartei von der Verwendung in deren Hoheitsgebiet ausschließen oder abberufen.

Abschnitt III

Rechtsstellung der in den Gebietsstaat vorgeschobenen Grenzdienststellen des Nachbarstaats

Artikel 17

(1) Die Vertragsparteien werden ihren vorgeschobenen Grenzdienststellen alle zur Grenzabfertigung notwendigen Befugnisse erteilen; die Abfertigungsbefugnisse für den Warenverkehr richten sich nach den Verkehrsbedürfnissen.

(2) O trestných činech spáchaných pracovníky sousedního státu v územním státě je nutno neprodleně vyrozumět nadřízený služební orgán těchto pracovníků prostřednictvím příslušného orgánu územního státu.

Článek 14

(1) Nároky na náhradu škody, kterou způsobí pracovníci sousedního státu při výkonu své služby nebo v souvislosti s touto službou v územním státě, podléhají právu sousedního státu a je třeba je uplatnit před jeho soudy. Státní příslušníci územního státu jsou v těchto nárocích postaveni na roveň státním příslušníkům sousedního státu.

(2) Je-li pracovník sousedního státu během výkonu své služby nebo v souvislosti s touto službou v územním státě usmrčen nebo zraněn nebo je-li věc, kterou s sebou vozí nebo nosí, poškozena nebo zničena, posuzují se nároky na náhradu těchto škod podle práva sousedního státu.

(3) K rozhodnutí o nárocích na náhradu škody podle odstavce 2 jsou příslušné soudy té smluvní strany, na jejímž výsostrném území došlo k jednání způsobivšímu škodu nebo v němž má škůdce trvalý pobyt. Příslušným je také soud, v jehož obvodu má navrhovatel svůj trvalý pobyt.

Článek 15

(1) Všechny předměty určené pro služební potřebu dovážené nebo vyvážené pracovníky sousedního státu činnými v územním státě jsou osvobozeny od cla a jiných poplatků.

(2) Od cla a jiných poplatků jsou osvobozeny i předměty osobní potřeby včetně potravin, které převážejí pracovníci na cestě do služby a zpět a jež potřebují během služebního pobytu v územním státě.

(3) Služební vozidla a vlastní vozidla, kterými pracovníci sousedního státu jezdí k výkonu služby do územního státu a jimiž se vracejí do státu sousedního, nepodléhají při zachování příslušných kontrolních opatření clu a jiným poplatkům. Zajištění celního dluhu se nevyžaduje.

(4) Zákazy dovozu a vývozu, jakož i dovozní a vývozní omezení, se nevztahují na předměty a vozidla uvedená v odstavcích 1 až 3.

Článek 16

(1) Pracovníci sousedního státu, kteří na základě této smlouvy pravidelně vykonávají službu v územním státě, musí být před vysláním písemně jmenovitě nahlášení příslušným pohraničním odbavovacím stanovištěm územního státu s uvedením dat narození funkce.

(2) Každá ze smluvních stran na žádost druhé smluvní strany vyřadí nebo odvolá své pracovníky z výkonu služby na jejím výsostrném území.

Část III

Právní postavení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť' sousedního státu v územním státě

Článek 17

(1) Smluvní strany budou udělovat svým předsunutým pohraničním odbavovacím stanovištěm všechna oprávnění nezbytná k pohraničnímu odbavování; odbavovací oprávnění pro pohyb zboží se řídí provozními potřebami.

(2) Die Abfertigungsbefugnisse und die Öffnungszeiten der beiderseitigen Grenzdienststellen sind möglichst übereinstimmend festzusetzen.

Artikel 18

Die für die Grenzdienststellen des Nachbarstaats bestimmten Räume sind durch Amtsschilder und Hoheitszeichen kenntlich zu machen. Die Diensträume des Nachbarstaats sind mit Aufschriften in deutscher und tschechischer Sprache zu versehen.

Artikel 19

Die vorgeschobenen Grenzdienststellen haben innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch zugewiesenen Räumlichkeiten das Recht, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Personen, die gegen die Ordnung verstoßen, zu entfernen. Dabei leisten die zuständigen Dienststellen und Bediensteten des Gebietsstaats auf Ersuchen Beistand.

Artikel 20

Die zum dienstlichen Gebrauch der vorgeschobenen Grenzdienststellen bestimmten Gegenstände bleiben im Ein- und Wiederausgang frei von Zöllen und sonstigen Abgaben. Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf diese Gegenstände keine Anwendung.

Artikel 21

(1) Dienstbriefe und Dienstpakete sowie dienstliche Geld- und Wertsendungen, die für vorgeschobene Grenzdienststellen bestimmt sind oder von diesen in den Nachbarstaat gesandt werden, dürfen durch Bedienstete des Nachbarstaats ohne Vermittlung der Postverwaltung und frei von Postgebühren befördert werden.

(2) Diese Sendungen unterliegen der Grenzkontrolle des Gebietsstaats nur bei Verdacht einer strafbaren Handlung. Bei dieser Kontrolle sind Bedienstete des Nachbarstaats hinzuzuziehen.

(3) Die Sendungen sollen zur Vermeidung von Mißbräuchen mit dem Dienststempel der absendenden Dienststelle versehen sein.

Artikel 22

Die von den Bediensteten des Nachbarstaats im Gebietsstaat bei der Grenzabfertigung amtlich eingenommenen oder dorthin amtlich mitgeführten Geldbeträge und die von ihnen beschlagnahmten oder eingezogenen Waren einschließlich sonstiger Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, dürfen in den Nachbarstaat verbracht werden.

Artikel 23

(1) Der Gebietsstaat bewilligt gebührenfrei die Errichtung und den Betrieb der ausschließlich für die Tätigkeit der vorgeschobenen Grenzdienststellen und für die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt erforderlichen Fernmeldeanlagen, einschließlich elektronischer Datenverarbeitungsanlagen, sowie deren Verbindung mit den entsprechenden Anlagen des Nachbarstaats. Etwaige Kosten für die Errichtung der Anlagen oder den Mietzins für ihre Benutzung trägt der Nachbarstaat. Der Betrieb dieser Anlagen gilt als interner Verkehr des Nachbarstaats.

(2) Mit Ausnahme der in Absatz 1 genannten Fälle bleiben die Vorschriften beider Vertragsparteien über die Errichtung, Instandhaltung und den Betrieb von Fernmeldeanlagen einschließlich elektronischer Datenverarbeitungsanlagen unberührt.

(3) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien stimmen die gemäß Absatz 1 erforderlichen Maßnahmen miteinander ab.

Artikel 24

(1) Gewerbetreibende des Nachbarstaats sowie ihr Personal dürfen bei den vorgeschobenen Grenzdienststellen alle die Grenz-

(2) Odbavovací oprávnění a provozní doby pohraničních odbavovacích stanovišť obou stran je nutno uvést do maximálního možného souladu.

Článek 18

Prostory a místnosti určené pro pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu je třeba označit úředními štítky a výsostnými znaky. Služební místnosti sousedního státu musí být označeny nápisy v německém a českém jazyce.

Článek 19

Předsunutá pohraniční odbavovací stanoviště mají v prostorách přidělených k výlučnému užívání právo udržovat pořádek a vykázat osoby narušující pořádek. Příslušné orgány a pracovníci územního státu jim v tom na jejich žádost poskytnou pomoc.

Článek 20

Předměty určené ke služební potřebě předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť se osvobozují při vstupu a opětovném výstupu od cla a jiných poplatků. Nevztahují se na ně rovněž zákazy dovozu a vývozu, jakož i dovozní a vývozní omezení.

Článek 21

(1) Služební dopisy a služební balíky, jakož i služební peněžní a cenné zásilky, které jsou určeny pro předsunutá pohraniční odbavovací stanoviště nebo jsou jimi do sousedního státu zasílány, mohou být dopravovány pracovníky sousedního státu bez prostřednictví poštovní správy a jsou osvobozeny od poštovních poplatků.

(2) Tyto zásilky podléhají pohraniční kontrole územního státu pouze při podezření z páchání trestné činnosti. K této kontrole je třeba přizvat pracovníky sousedního státu.

(3) Zásilky mají být v zájmu zneužití opatřeny služebním razítkem odesílajícího služebního orgánu.

Článek 22

Peněžní částky úředně vybrané při pohraničním odbavování pracovníky sousedního státu v územním státě nebo peněžní částky tam úředně dovezené, jakož i jimi zabavené nebo zajištěné zboží včetně jiných hodnot podléhajících devizovým předpisům, mohou být převezeny do sousedního státu.

Článek 23

(1) Územní stát povoluje bezplatné zřizování a provoz telekomunikačních zařízení potřebných výhradně k činnosti předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť a k pohraničnímu odbavování v dopravních prostředcích během jízdy včetně zařízení pro elektronické zpracování údajů, jakož i jejich napojení na příslušná zařízení sousedního státu. Případné náklady na vybudování těchto zařízení nebo nájemné za jejich používání hradí sousední stát. Provoz těchto zařízení se považuje za interní provoz sousedního státu.

(2) S výjimkou případů uvedených v odstavci 1 nejsou dotčeny předpisy obou smluvních stran o zřizování, údržbě a provozu telekomunikačních zařízení včetně zařízení na elektronické zpracování údajů.

(3) Příslušné orgány smluvních stran vzájemně koordinují potřebná opatření podle odstavce 1.

Článek 24

(1) Podnikatelé sousedního státu, jakož i jejich personál, mohou na předsunutých pohraničních odbavovacích stanovištích vykoná-

abfertigung betreffenden Dienstleistungen erbringen, die sie im Nachbarstaat auszuüben berechtigt sind. Die Gewährung dieser Dienstleistungen richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Nachbarstaats.

(2) Die in Absatz 1 genannten Gewerbetreibenden und ihr Personal sind vom Erfordernis einer zusätzlichen Gewerbe- und Arbeitserlaubnis des Gebietsstaats befreit.

(3) Die organisatorisch-technischen Bedingungen für die Gewährung der Dienstleistungen durch die Gewerbetreibenden im Gebietsstaat können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in den Vereinbarungen über die Durchführung der Grenzabfertigung einer Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei regeln.

(4) Die zuständigen Behörden des Gebietsstaats entscheiden in Abstimmung mit den zuständigen Behörden des Nachbarstaats, in welchen Fällen und in welchem Umfang diesen Gewerbetreibenden Büroräume oder Grundstücke zur Errichtung von Bürogebäuden bei den einzelnen Grenzdienststellen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Abschnitt IV

Bereitstellung von Diensträumen und Unterkünften

Artikel 25

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen

- a) die für die Grenzdienststellen des Nachbarstaats benötigten Diensträume und Anlagen;
- b) die für deren Errichtung zu entrichtenden anteiligen Baukosten oder gegebenenfalls den Mietzins sowie die Vergütungen für Betriebskosten, wie zum Beispiel für Beleuchtung, Heizung, Reinigung.

(2) Die Eisenbahnen des Gebietsstaats sind verpflichtet, einem Ersuchen des Nachbarstaats um Bereitstellung von Diensträumen und Unterkünften und um Gewährung sonstiger Leistungen für die Bediensteten der Grenzdienststellen des Nachbarstaats gegen eine zu vereinbarende Vergütung nachzukommen.

(3) Die Eisenbahnen und die Schiffsverkehrsunternehmen haben die Bediensteten, die die Grenzabfertigung während der Fahrt durchzuführen haben, unentgeltlich zu befördern und ihnen die erforderlichen Zugabteile oder Schiffskabinen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Abschnitt V

Schlußbestimmungen

Artikel 26

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt. Sollte es den zuständigen Behörden nicht gelingen, diese Meinungsverschiedenheit beizulegen, ist, soweit möglich, eine Regelung durch die Vertragsparteien herbeizuführen.

Artikel 27

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können im Rahmen dieses Vertrags die zu seiner Durchführung erforderlichen organisatorischen Maßnahmen unmittelbar abstimmen.

Artikel 28

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Prag ausgetauscht.

vat všechny služby týkající se pohraničního odbavování, k jejichž poskytování jsou v sousedním státě oprávněni. Poskytování těchto služeb se řídí podle právních předpisů sousedního státu.

(2) U podnikatelů a jejich personálu uvedených v odstavci 1 se nevyžaduje zvláštní živnostenské a pracovní povolení územního státu.

(3) Organizačně technické podmínky pro poskytování služeb podnikateli v územním státě mohou příslušné orgány smluvních stran upravit s ohledem na místní podmínky v ujednáních o provádění pohraničního odbavování jedné smluvní strany na výsostném území druhé smluvní strany.

(4) Příslušné orgány územního státu rozhodnou po dohodě s příslušnými orgány sousedního státu, ve kterých případech a v jakém rozsahu budou těmto podnikatelům poskytnuty za úhradu kanceláře nebo pozemky ke zřízení kancelářských budov na jednotlivých pohraničních odbavovacích stanovištích.

Část IV

Poskytování služebních a ubytovacích prostor

Článek 25

(1) Příslušné orgány smluvních stran určí vzájemnou dohodu:

- a) služební prostory a zařízení potřebná pro pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu;
- b) podíl nákladů na stavby, který je třeba uhradit za jejich vybudování, popřípadě nájemné, jakož i úhradu provozních nákladů, například na osvětlení, otop a úklid.

(2) Železnice územního státu jsou povinny vyhovět žádosti sousedního státu o poskytnutí služebních a ubytovacích prostor a dalších služeb pro pracovníky pohraničních odbavovacích stanišť sousedního státu za úhradu, kterou je třeba sjednat.

(3) Železnice a provozovatelé vodní dopravy jsou povinni pracovníky provádějící pohraniční odbavování během jízdy přepravovat zdarma a poskytovat jim bezplatně potřebné vlakové oddíly nebo kabiny lodí.

Část V

Závěrečná ustanovení

Článek 26

Rozdílnosti týkající se výkladu nebo provádění této smlouvy budou řešit příslušné orgány smluvních stran. Nepodaří – li se příslušným orgánům tyto rozdílnosti urovnat, budou je řešit, pokud možno, smluvní strany.

Článek 27

Příslušné orgány smluvních stran mohou v rámci této smlouvy přímo koordinovat organizační opatření potřebná k jejímu provádění.

Článek 28

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze, pokud možno v době co nejkratší.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann jederzeit schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird zwölf Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie der anderen Vertragspartei auf diplomatischem Wege zugegangen ist.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, v němž byly vyměněny ratifikační listiny.

(3) Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou. Může být kdykoliv písemně vypovězena. Výpověď nabývá účinnosti dvanáct měsíců po dni, ve kterém byla doručena druhé smluvní straně diplomatickou cestou.

Geschehen zu Furth i. Wald am 19. Mai 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dáno ve Furth im Wald dne 19. května 1995 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo

Theo Waigel
Hartmut Hillgenberg

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku

Jan Ruml

Gesetz
zu dem Abkommen vom 15. März 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Litauen
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Vom 12. Januar 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 15. März 1994 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Wenn eine Hilfeleistung durch die Republik Litauen in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der Kostenerstattung geleistet wird, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder der Länder fällt.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 12. Januar 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Kanther

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Litauen
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**

**Vokietijos Federacinės Respublikos
ir Lietuvos Respublikos
Sutartis
dėl savitarpio pagalbos stichinių
nelaimių ir stambių avarijų atvejais**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Litauen –

Vokietijos Federacinė Respublika
ir
Lietuvos Respublika

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa zu leisten,

norėdamos palaikyti gerus kaimyniškus santykius Europoje;

in Übereinstimmung mit den Zielen der Vereinten Nationen, die die neunziger Jahre zu einer Dekade der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenhilfe bei Naturkatastrophen erklärt haben,

sutikdamos su JTO tikslais, paskelbusios 90-tuosius metus tarptautinio bendradarbiavimo dešimtmečiu, plėtojant pagalbą stichinių nelaimių išvengimo ir jų padarinių šalinimo srityse;

eingedenk des Abschließenden Dokuments des Dritten KSZE-Folgetreffens in Wien vom 15. Januar 1989 und des Helsinki-Dokuments vom 10. Juli 1992,

atsižvelgdamos į Europos Saugumo ir Bendradarbiavimo Konferencijos trečiojo susitikimo, įvykusio Vienoje 1989 m. sausio 15 d., baigiamąjį aktą ir 1992 m. liepos 10 d. Helsinkio dokumentus,

in dem Bewußtsein, daß natur- oder technologiebedingte Katastrophen oder schwere Unglücksfälle möglich sind,

suvokdamos stichinių nelaimių ir su technologijos vystymu susijusių katastrofų bei stambių avarijų tikimybę,

in der Überzeugung von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die Entsendung von Hilfsmannschaften und -material zu beschleunigen –

įsitikinusios abiejų valstybių bendradarbiavimo būtinybe, siekiant palengvinti abipusę pagalbą katastrofų ir stambių avarijų atveju, paspartinti gelbėtojų grupių pasiuntimą, įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų pristatymą,

sind wie folgt übereingekommen:

susitarė:

**Artikel 1
Gegenstand**

**1 straipsnis
Objektas**

(1) Die Vertragsstaaten helfen einander entsprechend ihren Möglichkeiten bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, die ernsthafte Schäden oder Gefahren für die körperliche Unversehrtheit von Personen, für Güter oder die Umwelt nach sich ziehen und die mit eigenen Mitteln des hilfeersuchenden Vertragsstaats offensichtlich nicht bewältigt werden können.

(1) Susitariančios šalys pagal galimybę teikia savitarpio pagalbą stichinės nelaimės, katastrofos ar stambios avarijos atveju, kai kyla grėsmė žmonių gyvybei, jų sveikatai, aplinkai ir gresia dideli materialiniai nuostoliai, o prašanti pagalbos Susitarianči šalis nepajėgia pasekmių likviduoti savo jėgomis.

(2) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für diese freiwilligen Hilfeleistungen im anderen Vertragsstaat auf dessen Ersuchen hin, insbesondere für Einsätze von Hilfsmannschaften, einzelnen Fachkräften und Material.

(2) Sutartis numato pagrindines savanoriškos pagalbos sąlygas, kurios vykdomos kitai Susitariančiai šaliai prašant, ypač siunčiant gelbėtojų grupes, pavienius specialistus ir pagalbai skirtas medžiagas.

**Artikel 2
Begriffsbestimmungen**

**2 straipsnis
Terminai**

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

Šioje sutartyje vartojami terminai reiškia:

- „hilfeersuchender Vertragsstaat“
der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material, aus dem anderen Vertragsstaat ersuchen;

„prašanti pagalbos Susitariančioji šalis“
Susitariančioji šalis, kurios įgaliotosios įstaigos prašo suteikti jai pagalbą, ypač siunčiant gelbėtojų grupes, įrangą ir pagalbai skirtas medžiagas;

- „hilfeleistender Vertragsstaat“
der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen der Behörden des anderen Vertragsstaats um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material, stattgeben;
- „Transitstaat“
der Staat, dessen Hoheitsgebiet die Hilfsmannschaften durchqueren müssen, um den hilfeersuchenden Drittstaat zu erreichen;
- „Ausrüstungsgegenstände“
das Material, die technischen Mittel, die Fahrzeuge, die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter), Rettungshunde und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften und Fachkräfte;
- „Hilfsgüter“
die Gegenstände, die zur kostenlosen Verteilung unter der betroffenen Bevölkerung bestimmt sind.

Artikel 3

Zuständigkeiten

Die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen der Vertragsstaaten erfolgen auf diplomatischem Wege. Für Hilfeersuchen zuständige Behörden sind:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
 - das Auswärtige Amt,
 - das Bundesministerium des Innern;
- b) in der Republik Litauen:
 - das Verteidigungsministerium,
 - das Innenministerium,
 - das Außenministerium.

Artikel 4

Einsatzarten

(1) Die Hilfe kann durch einzelne Fachkräfte oder durch Hilfsmannschaften geleistet werden, die an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls entsandt werden und die insbesondere in den Bereichen Brandbekämpfung, technische Hilfeleistung, Bekämpfung von radioaktiven und chemischen Gefahren, medizinische und sanitär-hygienische Hilfeleistung, Rettung und Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung ausgebildet sind und die über das für ihre Aufgaben erforderliche Material und Spezialgerät verfügen. Falls erforderlich, kann die Hilfe auch auf jede andere Weise erbracht werden.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte sowie das erforderliche Material und Spezialgerät können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden.

Artikel 5

Grenzübertritt

(1) Um die für einen Hilfeinsatz erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Förmlichkeiten beim Überschreiten der Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft führt eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des hilfeleistenden Vertragsstaats mit, die den Hilfeinsatz, die Art der Einheit, ihrer Ausrüstung und die Zahl ihrer Angehörigen ausweist. Kann im Fall besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere geeignete Nachweis, daß die Einreise zum Zwecke eines Hilfeinsatzes gemäß diesem Abkommen erfolgen soll. Im übrigen haben die Angehörigen des Hilfeinsatzes ihren mit ihrem Lichtbild versehenen Dienstausweis oder ein sonstiges Identitätsdokument mitzuführen und sich hiermit auf Verlangen eines hierzu ermächtigten Amtsträgers auszuweisen.

„teikianti pagalbą Susitariančioji šalis“
Susitariančioji šalis, kurios įgaliotosios žinybos ir įstaigos patenki-
na kitos Susitariančios šalies pagalbos prašymą, ypač siunčiant
gelbėtojų grupes, įrangą ir kitas pagalbai skirtas medžiagas;

„tranzito valstybė“
Valstybė, kurios teritorija turi pervaziuoti gelbėtojų grupę, kad
pasiiektų pagalbos prašančią Susitariančią šalį;

„įranga“
Medžiagos, technikos ir transporto priemonės, šunys – gelbėtojai
ir individuali gelbėtojų grupių ir specialistų įranga, bei jų asmeninio
naudojimosi daiktai;

„pagalbai skirtos medžiagos“
Daiktai, skirti nukentėjusiems ir dalinami nemokamai.

3 straipsnis

Įgaliojimai

Susitariančių šalių pagalbos prašymai perduodami ir priimami
diplomatinio keliu. Pagalbos prašyti įgalios šios žinybos:

- a) Vokietijos Federacinėje Respublikoje:
Federalinė vidaus reikalų ministerija,
Užsienio reikalų ministerija.
- b) Lietuvos Respublikoje:
Krašto apsaugos ministerija,
Vidaus reikalų ministerija,
Užsienio reikalų ministerija.

4 straipsnis

Pagalbos rūšys

(1) Pagalbą teikia pavieniai specialistai arba gelbėtojų grupės,
siunčiamos į stichinės nelaimės ar avarijos ištiktas vietas, pasi-
ruošusios gesinti gaisrus, teikti techninę pagalbą, kovoti su radio-
aktyviais ir cheminiais teršalais, teikti medicininę, sanitarinę-higie-
ninę pagalbą, atlikti gelbėjimo ir kitus neatidėliotinus darbus, laiki-
ną remontą ir turinčios būtina įrangą bei specialias technines
priemones. Esant būtinybei gali būti teikiama kitokia pagalba.

(2) Gelbėtojų grupės ir pavieniai specialistai, taip pat būtinos
medžiagos ir specialios paskirties įranga gali būti pristatomi
sausuma, oro ir vandens keliu.

5 straipsnis

Sienų perėjimas

(1) Siekdamas pagalbos operatyvumo ir veiksmingumo, Susita-
riančios šalys įsipareigoja apsiriboti minimaliais sienų perėjimo
formalumis.

(2) Gelbėtojų grupės vadovas turi pateikti teikiančios pagalbą
Susitariančios šalies įgaliotos žinybos pažymą apie teikiamos
pagalbos rūšį, pobūdį, įrangą ir gelbėtojų grupės narių skaičių. Jei
dėl skubos neįmanoma laiku pateikti pažymos, pakanka pateikti
bet kokį įrodymą, liudijantį, kad vykstama gelbėjimo tikslais, ap-
tartiniais Sutartyje. Be to, atvykstantys asmenys, gelbėtojų grupių
nariai, privalo turėti tamybinių pasą su nuotrauka ar kitą, įrodantį
asmensybę dokumentą ir pateikti jį įgaliotam tarnautojui prašant.

(3) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze, soweit erforderlich nach Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Transit- und Vertragsstaaten, auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden oder der nächste Grenzposten der Transit- und Vertragsstaaten hierüber im voraus zu unterrichten.

(4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 bis 3 gelten auch für den Fall, daß ein Vertragsstaat Transitstaat für Hilfeleistungen ist, die bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen einem hilfeersuchenden Drittstaat gewährt werden sollen, und daß der Transit für eine rasche Hilfeleistung notwendig ist. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander rechtzeitig auf diplomatischem Wege darüber, wenn sich das Erfordernis eines Transits von Hilfeleistungen für einen hilfeersuchenden Drittstaat ergibt und stimmen die Art und Weise der Durchführung des Transits ab.

Artikel 6

Grenzübergang des Materials

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Einfuhr der bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft und einzelne Fachkräfte haben den örtlichen Zollstellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Auch wenn sie kein solches Verzeichnis haben, erhalten die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte die Genehmigung zum Grenzübertritt mit Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern. In diesem Fall ist den zuständigen Stellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats das Verzeichnis innerhalb eines Monats vom Tag des Grenzübertritts vorzulegen.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachleute dürfen außer den bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern kein anderes Gut mitführen. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter werden von allen Zollabgaben befreit und dürfen nur für den Hilfeinsatz verwendet werden.

(3) Für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für die Gütereinfuhr keine Anwendung. Die bei einer Hilfeleistung nicht verwendeten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib dieser Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung verantwortlichen Stelle des hilfeersuchenden Vertragsstaats anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Falle gelten die Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(4) Suchtstoffe/psychotrope Stoffe dürfen nur im Rahmen des dringenden medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen desjenigen Vertragsstaats, dem die Hilfsmannschaft angehört, eingesetzt werden. Das Recht des ersuchenden Vertragsstaats, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt. Absatz 3 Sätze 2 bis 4 findet auch Anwendung auf die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtstoff- und Betäubungsmittelübereinkommen. Nichtverbrauchte Suchtstoffe/psychotrope Stoffe, die nicht wieder ausgeführt werden können, unterliegen den Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend bei einem durch das Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats führenden Transit der bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter für einen hilfeersuchenden Drittstaat.

(3) Ypač skubiais atvejais, suderinus su įgaliotomis tranzito valstybės įstaigomis, esant būtinybei, galima pereiti Susitariančiųjų šalių ir tranzito valstybių sienas, pažeidžiant galiojančias taisykles, t. y. ne per pasienio kontrolės punktus. Tuo atveju būtina iš anksto pranešti apie tai įgaliotoms tranzito ir Susitariančiųjų šalių pasienio tarnyboms ar artimiausiam pasienio kontrolės punktui.

(4) Lengvatinės sienos perėjimo sąlygos pagal 1–3 punktus galioja ir tada, jei viena iš Susitariančiųjų šalių yra trečiosios valstybės, prašančios pagalbos stichinės nelaimės ar stambios avarijos atžvilgiu, tranzito valstybė ir tranzitas būtinas, kad būtų suteikta operatyvi pagalba. Susitariančiųjų šalių įgaliotosios organizacijos laiku praneša viena kitai apie tranzito būtinybę, teikiant pagalbą trečiajai valstybei, ir suderina tranzitinių krovinių pervežimo tvarką.

6 straipsnis

Medžiagų įvežimas

(1) Susitariančios šalys palengvina įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų įvežimo į savo teritoriją tvarką. Gelbėtojų grupės vadovas, pavieniai specialistai prašančios pagalbos Susitariančios šalies muitinei privalo pateikti tik vežamos įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų sąrašą. Netgi jei tokio sąrašo nėra, gelbėtojų grupės ir pavieniai specialistai su įranga ir pagalbai skirtomis medžiagomis gauna leidimą pereiti sieną. Tuo atveju sąrašas pateikiamas įgaliotoms prašančios pagalbos Susitariančios šalies organizacijoms per mėnesį nuo sienos perėjimo dienos.

(2) Gelbėtojų grupės ir pavieniai specialistai neturi teisės vežti jokio kito turto, išskyrus įrangą ir pagalbai skirtas medžiagas bei asmeninio naudojimo daiktus (reikmenis). Įranga ir pagalbai skirtos medžiagos neapmokestinamos jokių muitų ir naudojamos tik pagalbai.

(3) Draudimai ir apribojimai, galiojantys vežant nuosavybę, nepašalinami ir apribojimai, galiojantys vežant nuosavybę, nepašalinami. Nepanaudota gelbėjimo darbų metu įranga ir pagalbai skirtos medžiagos grąžinamos atgal. Jei dėl ypatingų aplinkybių jų grąžinti neįmanoma, tai duomenys apie jas pateikiami įgaliotoms pagalbos prašančios Susitariančios šalies organizacijoms, atsakingoms už gelbėjimo darbus, nurodant įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų rūšį, kiekį ir saugojimo vietą, o šios praneša atitinkamai muitinei. Šiuo atveju taikomi prašančios pagalbos Susitariančios šalies įstatymai.

(4) Narkotinės-psichotropinės medžiagas leidžiama įvežti tik esant medicininei būtinybei, jos skiriamos tik kvalifikuoto medicinos personalo žinion, prisilaikant tos Susitariančiosios šalies, kuri siunčia gelbėtojų grupes, įstatymų. Tai neatima prašančiosios pagalbos Susitariančiosios šalies teisės kontroliuoti padėtį vietoje. 3-jo punkto 2–4 frazės galioja ir nepanaudotų narkotinių bei psichotropinių medžiagų grąžinimui į kitos susitariančios šalies teritoriją, laikantis abiejų Susitariančiųjų šalių įstatymų. Šitokie prekių mainai nelaikomi importu ar eksportu Tarptautinės narkotinių medžiagų sutarties prasme. Nepanaudotos narkotinės ir psichotropinės medžiagos, kurių nebeįmanoma grąžinti, toliau panaudojamos pagal prašančios pagalbos Susitariančios šalies įstatymus.

(5) Punktai 1–4 galioja įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų tranzitui per vienos iš Susitariančiųjų šalių teritoriją, kai teikiama būtina pagalba trečiajai pagalbos prašančiai šaliai.

Artikel 7**Einsätze von Luftfahrzeugen**

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 4 Absatz 2, sondern auch für andere Arten von Hilfeleistungen im Sinne dieses Abkommens benutzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen, ohne Flugplatzzwang und ohne Paß- und Zollabfertigung landen und starten dürfen.

(3) Die Absicht, bei einem Hilfeinsatz Luftfahrzeuge zu verwenden, ist dem hilfeersuchenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen, wobei möglichst genau Baumuster, Eintragungsland und Eintragungskennzeichen des Luftfahrzeugs, seine Besatzung und Passagiere, Hilfsmannschaften, Ausrüstung und die an Bord befindlichen Hilfssendungen, die Zeit des Abflugs, die voraussichtliche Flugroute und der Landeort angegeben werden müssen.

(4) Sinngemäß angewendet werden:

- a) Artikel 5, Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 10 auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften;
- b) Artikel 6 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die Luftverkehrsvorschriften jedes Vertragsstaats anzuwenden, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

(6) Anhang 12 über das Such- und Rettungswesen im Luftverkehr zum Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt bleibt unberührt.

Artikel 8**Koordination und Gesamtleitung**

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(2) Die zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats unterstützen die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie erläutern möglichst ausführlich die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften und den einzelnen Fachkräften übertragen wollen.

(3) Anweisungen an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Vertragsstaats werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

Artikel 9**Einsatzkosten**

(1) Der hilfeleistende Vertragsstaat kann dem hilfeersuchenden Vertragsstaat kostenlose Hilfe anbieten. Bei der Erwägung, ob Hilfe auf dieser Grundlage angeboten werden soll, berücksichtigt er insbesondere Art und Ausmaß der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls.

(2) Wird die Hilfe ganz oder teilweise auf der Grundlage der Kostenerstattung geleistet, so erstattet der hilfeersuchende Vertragsstaat dem hilfeleistenden Vertragsstaat die unmittelbar im Zusammenhang mit der Hilfeleistung angefallenen Kosten, soweit diese nicht bereits durch den hilfeersuchenden Vertragsstaat getragen werden. Im Zusammenhang mit dem Hilfeersuchen angefallene Kosten sind insbesondere Personal-, Transport- und Versicherungskosten sowie die Kosten für Verbrauch, Beschädigung und Verlust des mitgeführten Materials, für Schadensersatzleistungen und für die medizinische Versorgung des Hilfspersonals. Sofern nichts anderes vereinbart ist, werden die Kosten umgehend erstattet, nachdem die Aufforderung ergangen ist.

7 straipsnis**Lėktuvų panaudojimas**

(1) Lėktuvai naudojami ne vien tik skubiam gelbėjimo grupių pervežimui, 4 str. 2 punkte nurodytais atvejais, bet ir kitokiai pagalbai, numatyta šioje Sutartyje.

(2) Kiekviena Susitariančioji šalis leidžia lėktuvams, kylantiems iš kitos Susitariančios šalies teritorijos, skraidyti savo teritorijoje, prisilaikant 1-jo punkto reikalavimų nusileisti ir pakilti už aerouosto ribų be pasų ir muitinės kontrolės.

(3) Pagalbą teikianti Susitarianči šalis privalo pagalbos prašančiai Susitariančiai šaliai pranešti apie numatomą lėktuvų panaudojimą, nurodydama jų modelį, lėktuvo registravimo šalį ir registracijos numerį, ekipažo ir keleivių sąstatą, gelbėtojų grupę, esančią lėktuve įrangą ir pagalbai skirtas medžiagas, pakilimo laiką, numatomą maršrutą ir nusileidimo vietą.

(4) Pagal prasmę taikomi:

- a) ekipažams ir skrendančioms gelbėtojų grupėms – 5 straipsnis, 9-to straipsnio 3 pastraipa ir 10 straipsnis;
- b) lėktuvams ir esančiai lėktuve įrangai ir pagalbai skirtoms medžiagoms – 6 straipsnis.

(5) Jei 2-je pastraipoje nenurodyta kitaip, galioja kiekvienos Susitariančios šalies oro linijų taisyklės, ypač reikalavimas pranešti skridimo duomenis atitinkamoms skrydžių valdymo tarnyboms.

(6) 1944 m. gruodžio 7 d. pasirašytas Tarptautinės civilinės aviacijos sutarties 12-tas priedas dėl paieškos ir gelbėjimo darbų aviacijoje lieka nepakitęs.

8 straipsnis**Bendras valdymas ir koordinacija**

(1) Bet kuriuo atveju gelbėjimo darbus ir teikiamą pagalbą koordinuoja prašančios pagalbos Susitariančios šalies įgaliotos žinybos.

(2) Prašančios pagalbos Susitariančios šalies įgaliotosios žinybos privalo teikti būtiną paramą teikiančios pagalbos Susitariančios šalies gelbėtojų grupėms ir pavieniams specialistams vykdančioms užduotį. Jos detalai aiškina užduotis, kurias pageidauja perduoti gelbėtojų grupėms ir pavieniams specialistams.

(3) Nurodymai teikiančios pagalbos Susitariančios šalies gelbėjimo grupėms perduodami tik per vadovus, kurie skiria konkrečias užduotis savo pavaldiniams.

9 straipsnis**Gelbėjimo darbų išlaidos**

(1) Teikianti pagalbą Susitariančioji šalis gali pasiūlyti prašančiai pagalbos Susitariančiai šaliai nemokamą pagalbą. Sprendžiant klausimą, ar turėtų būti siūloma nemokama pagalba, atsižvelgiama į stichinės nelaimės ar stambios avarijos rūšį ir mastą.

(2) Jei pagalba teikiama pilnai ar dalinai atlyginant išlaidas, tai prašanti pagalbos Susitariančioji šalis atlygina teikiančiai pagalbos Susitariančiai šaliai išlaidas, betarpiškai susijusias su pagalbos darbais, jeigu prašanti pagalbos Susitariančioji šalis pati jų neapmoka. Išlaidos, susijusios su pagalbos prašymu, yra personalo, transporto ir draudimo išlaidos, taip pat atsivežtos įrangos panaudojimo, apgadinimo ir praradimo išlaidos, gelbėtojų grupių narių medicininio aptarnavimo ir jiems padarytų nuostolių atlyginimo išlaidos. Jei nėra kitokio susitarimo, išlaidos atlyginamos iškart po to, kai pateikiamas atitinkamas reikalavimas.

(3) Die Hilfsmannschaften und Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats werden während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Vertragsstaat auf dessen Kosten verpflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall kostenlos logistische einschließlich medizinische Hilfe.

Artikel 10

Entschädigung und Schadensersatz

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihm oder einem anderen Verwaltungsorgan gehören, wenn der Schaden von einem Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder von einer Fachkraft bei der Erfüllung des Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens verursacht worden ist, soweit es sich dabei nicht nachweislich um Vorsatz handelt.

(2) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Verletzung oder wegen des Todes eines Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer Fachkraft, soweit der Schaden bei der Durchführung des Abkommens entstanden ist.

(3) Wird durch einen Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder durch eine Fachkraft des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung seines bzw. ihres Auftrags im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Vertragsstaats einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet ausschließlich der hilfeersuchende Vertragsstaat für den Schaden nach den Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung finden würden.

(4) Die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 11

Weitere Formen der Zusammenarbeit

Die nach Artikel 3 zuständigen Behörden arbeiten zusammen und können gesonderte Vereinbarungen schließen, insbesondere über

- a) die Durchführung von Hilfeleistungen nach Maßgabe dieses Abkommens;
- b) die Vorhersage, Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen, indem sie alle praktischen Erfahrungen und zweckdienlichen Informationen wissenschaftlicher und technischer Art austauschen und Konferenzen und Studienaufenthalte für Fachkräfte, Forschungsprogramme und Fachkurse, einschließlich des Austauschs von Lehrkräften und Lehrgangsteilnehmern der einschlägigen Ausbildungseinrichtungen, sowie die Durchführung von gemeinsamen Übungen und den beratenden Einsatz von wissenschaftlichen Experten in Katastropheneinsatzstäben auf Anforderung vorsehen;
- c) den Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausbreiten können; der gegenseitige Informationsaustausch umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten;
- d) die Suche und Identifizierung betroffener Personen und betroffener Habe unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten sowie über die Untersuchung der Ursachen von Unglücksfällen, die durch menschliches Handeln ausgelöst worden sind.

Artikel 12

Fernmeldeverbindungen

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und ins-

(3) Teikiančios pagalbą Susitariančios šalies gelbėtojų grupės ir specialistai per visą buvimo prašančioje pagalbos Susitariančioje šalyje laiką aprūpinami maistu ir nakvyne, taip pat asmeninio vartojimo daiktais, jei jų atsargos išsibaigė, prašančios valstybės sąskaita. Esant būtinybei, jiems suteikiama nemokama logistinė pagalba, įskaitant ir medicininę.

10 straipsnis

Kompensacija ir nuostolių atlyginimas

(1) Kiekviena iš Susitariančių šalių atsisako reikalavimo atlyginti kitai Susitariančiai šaliai nuostolius, atsiradusius dėl jai ar kitam valdymo organui priklausančių turinių vertybių sugadinimo, kai nuostoliai padaryti gelbėtojų grupės narių ar specialistų užduoties, susijusios su šios Sutarties realizacija, vykdymo metu, jei neirodyta, kad nuostoliai buvo padaryti tyčia.

(2) Kiekviena iš Susitariančių šalių atsisako bet kokių reikalavimų kitai Susitariančiai šaliai dėl kompensacijos už gelbėtojų grupės nario ar specialisto sužeidimą ar mirtį, jei tas įvyko Sutarties vykdymo metu.

(3) Jei teikiančios pagalbą Susitariančios šalies gelbėtojų grupės narys ar specialistas, vykdydamas savo užduotį prašančios pagalbos Susitariančios šalies teritorijoje padarys žalą trečiam asmeniui, tai už ją atsako tik prašanti pagalbos Susitariančioji šalis pagal nuostatus, taikomas savų gelbėtojų padarytai žalai įvertinti.

(4) Įgaliotos abiejų Susitariančių šalių organizacijos glaudžiai bendradarbiauja, pagal šį straipsnį siekdamos palengvinti nuostolių už padarytą žalą atlyginimą. Jos keičiasi joms prieinama informacija apie padarytą žalą.

11 straipsnis

Kitos bendradarbiavimo formos

3 straipsnyje paminėtos įgaliotos žinybos bendradarbiauja ir gali sudaryti atskiras sutartis, visų pirma dėl:

- a) pagalbos pagal šią Sutartį realizavimo;
- b) stichinių nelaimių ir stambių avarijų pasekmių prognozavimo, išvengimo ir likvidavimo, keičiantis praktine patirtimi ir būtina mokslinė-techninė informacija, pagal pageidavimą numatant konferencijų rengimą ir specialistų stažuotes, mokslinio-tiriamųjų programų ruošimą, specialiųjų kursų rengimą, įskaitant atitinkamų mokslų įstaigų dėstytojų ir klausytojų mainus, bendrų mokymų rengimą, taip pat stichinių nelaimių atvejais mokslininkų ekspertų konsultacijas operatyviniuose štabuose.
- c) keitimosi informacija apie žalą ir grėsmę, galinčias pasiekti kitos Susitariančios šalies teritoriją; abipusis keitimasis informacija apima taip pat išankstinį matavimo duomenų pateikimą.
- d) nukentėjusių asmenų ir turto paieškos ir atpažinimo, prisilaukiant veikiančių Susitariančių šalių įstatymų, ir avarių, įvykusių dėl žmonių veiksmų, priežasčių tyrimo.

12 straipsnis

Ryšio priemonės

Įgaliotos Susitariančių šalių žinybos bendrai imasi reikiamų priemonių ryšiiui, visų pirma radijo ryšiiui tarp 3 straipsnyje minimų

besondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 13

Belegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten jeglicher Art über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Weg zwischen den Vertragsstaaten beigelegt.

Artikel 14

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende Rechte und Pflichten beider Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 15

Ratifikation, Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wilna ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 16

Geltungsdauer, Außerkrafttreten

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen kann von den Regierungen der Vertragsstaaten durch Notifikation gekündigt werden. Im Fall der Kündigung des Abkommens wird diese sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der Regierung des anderen Vertragsstaats zugegangen ist.

Geschehen zu Bonn am 15. März 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

žinybų, taip pat nurodytų įstaigų su jų vadovaujamosiomis gelbėtojų grupėmis, gelbėtojų grupių tarpusavio ryšiai ir gelbėjimo grupių ryšiai su atitinkamais grupių vadovais užtikrinti.

13 straipsnis

Ginčų ir nesutarimų sprendimas

Bet kokie nesutarimai, kilę dėl Sutarties interpretavimo ir taikymo, jei 3 punkte nurodytos žinybos negali jų išspręsti tarpusavyje, Susitariančiųjų šalių sprendžiami diplomatiniais kanalais.

14 straipsnis

Kitos sutartys ir susitarimai

Ši sutartis nekeičia esamų abiejų Susitariančiųjų šalių teisių ir įsipareigojimų, privalomų pagal kitas jų pasirašytas tarptautines sutartis ir susitarimus.

15 straipsnis

Ratifikavimas, įsigaliojimas

(1) Sutartis privalo būti ratifikuojama; ratifikavimo raštais kuo skubiau apsielkčiama Vilniuje.

(2) Sutartis įsigalioja pirmą trečiojo mėnesio dieną nuo apsielkimo ratifikaciniais raštais momento.

16 straipsnis

Gallojimo laikas ir Sutarties nutraukimas

(1) Sutartis sudaroma neribotam laikui.

(2) Susitariančiųjų šalių vyriausybės gali nutraukti Sutartį pranešdamos apie tai raštu; tuo atveju sutartis netenka galios po šešių mėnesių nuo notos kitos Susitariančios šalies vyriausybei įteikimo dienos.

Pasirašyta 1994 m. kovo 15 d. Bonoje, dviem egzemplioriais, kiekvienas vokiečių ir lietuvių kalbomis, abiem tekstams turint vienodą galią.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Vokietijos Federacinės Respublikos vardu

Hansjörg Eiff
Walter Priesnitz

Für die Republik Litauen
Lietuvos Respublikos vardu

Pulokas

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens
über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung
gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung**

Vom 23. November 1995

Das Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (BGBl. 1994 II S. 2703) ist nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Barbados	am	22. November 1995
Island	am	26. September 1995
Katar	am	7. November 1995

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 31. August 1995 (BGBl. II S. 810).

Bonn, den 23. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung des Europarates
sowie über die Änderung ihres Artikels 26**

Vom 27. November 1995

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Ukraine sind der Satzung des Europarates vom 5. Mai 1949 (BGBl. 1950 S. 263; 1954 II S. 1126) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 1995 (BGBl. II S. 767) beigetreten. Die Beitritte der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Ukraine sind nach Artikel 4 der Satzung

am 9. November 1995

wirksam geworden.

Die Zahl der Vertreter der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurde auf 3 festgesetzt; die Zahl der Vertreter der Ukraine wurde auf 12 festgesetzt. Die hierdurch erforderliche Änderung des Artikels 26 der Satzung ist nach Zustimmung des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung gemäß Artikel 41 Abs. d der Satzung am 9. November 1995 in Kraft getreten. Der Wortlaut des geänderten Artikels 26 in der derzeit gültigen Fassung wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. August 1995 (BGBl. II S. 767).

Bonn, den 27. November 1995

**Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann**

(Übersetzung)

"Article 26		«Article 26		„Artikel 26	
Members shall be entitled to the number of Representatives given below:		Les membres ont droit au nombre de sièges suivants:		Die Mitglieder haben Anspruch auf die nachstehend angegebene Zahl von Sitzen:	
Albania	4	Albanie	4	Albanien	4
Andorra	2	Andorre	2	Andorra	2
Austria	6	Autriche	6	Österreich	6
Belgium	7	Belgique	7	Belgien	7
Bulgaria	6	Bulgarie	6	Bulgarien	6
Cyprus	3	Chypre	3	Zypern	3
Czech Republic	7	République tchèque	7	Tschechische Republik	7
Denmark	5	Danemark	5	Dänemark	5
Estonia	3	Estonie	3	Estland	3
Finland	5	Finlande	5	Finnland	5
France	18	France	18	Frankreich	18
Germany	18	Allemagne	18	Deutschland	18
Greece	7	Grèce	7	Griechenland	7
Hungary	7	Hongrie	7	Ungarn	7
Iceland	3	Islande	3	Island	3
Ireland	4	Irlande	4	Irland	4
Italy	18	Italie	18	Italien	18
Latvia	3	Lettonie	3	Lettland	3
Liechtenstein	2	Liechtenstein	2	Liechtenstein	2
Lithuania	4	Lituanie	4	Litauen	4
Luxembourg	3	Luxembourg	3	Luxemburg	3
Malta	3	Malte	3	Malta	3
Moldova	5	Moldova	5	Moldau, Republik	5
Netherlands	7	Pays-Bas	7	Niederlande	7
Norway	5	Norvège	5	Norwegen	5
Poland	12	Pologne	12	Polen	12
Portugal	7	Portugal	7	Portugal	7
Romania	10	Roumanie	10	Rumänien	10
San Marino	2	Saint-Marin	2	San Marino	2
Slovakia	5	Slovaquie	5	Slowakei	5
Slovenia	3	Slovénie	3	Slowenien	3
Spain	12	Espagne	12	Spanien	12
Sweden	6	Suède	6	Schweden	6
Switzerland	6	Suisse	6	Schweiz	6
“the former Yugoslav Republic of Macedonia”	3	«l'ex-République yougoslave de Macédoine»	3	„die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“	3
Turkey	12	Turquie	12	Türkei	12
Ukraine	12	Ukraine	12	Ukraine	12
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	18”	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	18»	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	18“

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls
zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte**

Vom 27. November 1995

Das Fakultativprotokoll vom 19. Dezember 1966 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1992 II S. 1246) ist nach seinem Artikel 9 Abs. 2 für

El Salvador

am 6. September 1995

in Kraft getreten.

Bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde hat El Salvador den folgenden Vorbehalt angebracht:

(Übersetzung)

„... en que sus disposiciones son en el sentido de que se reconoce la competencia del Comité de Derechos Humanos, únicamente para recibir y considerar comunicaciones y denuncias de individuos, solo y exclusivamente en aquellas situaciones, eventos, casos, omisiones, y hechos o actos jurídicos cuyo principio de ejecución sean posteriores a la fecha del Depósito del Instrumento de Ratificación, es decir, transcurridos tres meses a partir de la fecha de ese depósito de conformidad al Artículo 9, Numeral 2.º del mismo Instrumento; no teniendo tampoco competencia ese Comité, para conocer de comunicaciones y/o denuncias que hayan sido sometidas a otros procedimientos o arreglos Internacionales de Investigación.“

„... daß das Fakultativprotokoll dahingehend zu verstehen ist, daß die Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte nur für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen und Beschwerden von Einzelpersonen anerkannt wird, und zwar lediglich und ausschließlich in bezug auf diejenigen Situationen, Ereignisse, Fälle, Untertassungen und juristischen Tatsachen oder Handlungen, die nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde eingetreten sind, das heißt im Einklang mit Artikel 9 Absatz 2 des Fakultativprotokolls drei Monate nach dieser Hinterlegung; der Ausschuss ist ferner nicht zuständig für die Prüfung von Mitteilungen und/oder Beschwerden, die anderen internationalen Untersuchungsverfahren oder -regelungen unterworfen worden sind.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. September 1995 (BGBl. II S. 928).

Bonn, den 27. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Ungarn**

Vom 27. November 1995

I.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach Abschluß der Konsultationen aufgrund des Artikels 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) gemäß einer an die Regierung von Ungarn gerichteten Verbalnote vom 7. Dezember 1994 festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Ungarn abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

II.

Die Bekanntmachung vom 13. August 1991 (BGBl. II S. 957) wird wie folgt berichtigt:

Nummer 77 der Anlage muß korrekt lauten:

„77. Protokoll vom 18. Mai 1988 zum Abkommen vom 16. Juli 1976 zwischen der Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Nationalbank über den gegenseitigen Austausch von Reisedevisen in der nationalen Währung der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik sowie deren Verwendung im gegenseitigen Reiseverkehr.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 26. Oktober 1994 (BGBl. II S. 3744) und vom 14. November 1995 (BGBl. II S. 1056).

Bonn, den 27. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Anlage

1. Abkommen vom 30. Mai 1969 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über den Rechtsschutz von Erfindungen, Patenten, Warenzeichen und gewerblichen Mustern bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit
2. Abkommen vom 7. Mai 1973 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit bei der zeitweiligen Beschäftigung junger Werktätiger zum Erwerb praktischer Berufserfahrungen und zur beruflichen Qualifizierung in sozialistischen Betrieben beider Staaten
3. Vereinbarung vom 8. November 1989 zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehr, Nachrichten- und Bauwesen der Republik Ungarn über die Organisation von Nachrichtenverbindungen in einer besonderen Periode

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention
über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes**

Vom 27. November 1995

I.

Die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (BGBl. 1954 II S. 729) ist nach ihrem Artikel XIII Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Malaysia*)	am 20. März 1995
Singapur*)	am 16. November 1995.

*) Vgl. Abschnitt II.

II.

Malaysia hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 20. Dezember 1994 den folgenden Vorbehalt sowie die folgende Auslegungserklärung abgegeben:

(Übersetzung)

Reservation:

"That with reference to article IX of the Convention, before any dispute to which Malaysia is a party may be submitted to the jurisdiction of the International Court of Justice under this article, the specific consent of Malaysia is required in each case."

Vorbehalt

„Zu Artikel IX der Konvention: Bevor ein Streitfall, an dem Malaysia als Partei beteiligt ist, aufgrund dieses Artikels dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet werden kann, ist in jedem Einzelfall die ausdrückliche Zustimmung Malaysias erforderlich.“

Understanding:

"That the pledge to grant extradition in accordance with a state's laws and treaties in force found in article VII extends only to acts which are criminal under the laws of both the requesting and the requested state."

Auslegungserklärung

„Die Verpflichtung in Artikel VII zur Bewilligung der Auslieferung gemäß den in einem Staat geltenden Gesetzen und Verträgen erstreckt sich nur auf Handlungen, die nach den Gesetzen sowohl des ersuchenden als auch des ersuchten Staates strafbar sind.“

Singapur hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 18. August 1995 den folgenden Vorbehalt angebracht:

(Übersetzung)

"That with reference to Article IX of the Convention, before any dispute to which the Republic of Singapore is a party may be submitted to the jurisdiction of the International Court of Justice under this Article, the specific consent of the Republic of Singapore is required in each case."

„Zu Artikel IX der Konvention: Bevor ein Streitfall, an dem die Republik Singapur als Partei beteiligt ist, aufgrund dieses Artikels dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet werden kann, ist in jedem Einzelfall die ausdrückliche Zustimmung der Republik Singapur erforderlich.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Juni 1995 (BGBl. II S. 597).

Bonn, den 27. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
zum Schutz archäologischen Kulturguts**

Vom 28. November 1995

Frankreich hat dem Generalsekretariat des Europarates am 10. Juli 1995 die Kündigung des Europäischen Übereinkommens vom 6. Mai 1969 zum Schutz archäologischen Kulturguts (BGBl. 1974 II S. 1285) notifiziert. Die Kündigung wird gemäß Artikel 13 Abs. 3 des Übereinkommens am 11. Januar 1996 wirksam.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 24. Juli 1975 (BGBl. II S. 1145) und vom 18. April 1995 (BGBl. II S. 394).

Bonn, den 28. November 1995

Auswärtiges Amt
im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Vierten
und des Fünften Protokolls zum Allgemeinen Abkommen
über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates**

Vom 30. November 1995

I.

Das Vierte Protokoll vom 16. Dezember 1961 zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (BGBl. 1963 II S. 1215) ist nach seinem Artikel 10 Abs. 2 für

Island am 29. Juni 1995
in Kraft getreten.

II.

Das Fünfte Protokoll vom 18. Juni 1990 zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (BGBl. 1994 II S. 750) ist nach seinem Artikel 3 Abs. 2 für

Island am 1. Oktober 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Juli 1995 (BGBl. II S. 716).

Bonn, den 30. November 1995

Auswärtiges Amt
im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen**

Vom 30. November 1995

Das Übereinkommen vom 26. September 1986 über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen (BGBl. 1989 II S. 434, 441) ist nach seinem Artikel 14 Abs. 4 für

Peru
in Kraft getreten.

am 17. August 1995

Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde hatte Peru folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

“(a) Privileges and immunities: In accordance with paragraph 9 of Article 8, the Government of the Republic of Peru declares that it does not consider itself bound by any of the provisions of paragraphs 2 and 3 of that article.

„(a) Vorrechte und Immunitäten: Im Einklang mit Artikel 8 Absatz 9 erklärt die Regierung der Republik Peru, daß sie sich durch keine der Bestimmungen des Artikels 8 Absätze 2 und 3 als gebunden betrachtet.

(b) Claims and compensation: In accordance with paragraph 5 of Article 10, the Government of the Republic of Peru declares that it does not consider itself bound by any of the provisions relating to claims and compensation set forth in paragraph 2 of that article.

(b) Ansprüche und Schadenersatz: Im Einklang mit Artikel 10 Absatz 5 erklärt die Regierung der Republik Peru, daß sie sich durch keine der Bestimmungen des Artikels 10 Absatz 2 über Ansprüche und Schadenersatz als gebunden betrachtet.

(c) Settlement of disputes: In accordance with paragraph 3 of Article 13, the Government of the Republic of Peru declares that it does not consider itself bound by either of the dispute settlement procedures provided for in paragraph 2 of that article.”

(c) Beilegung von Streitigkeiten: Im Einklang mit Artikel 13 Absatz 3 erklärt die Regierung der Republik Peru, daß sie sich durch keines der in Artikel 13 Absatz 2 vorgesehenen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten als gebunden betrachtet.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. November 1993 (BGBl. II S. 2404).

Bonn, den 30. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
der deutsch-weißrussischen Vereinbarung über das Außerkrafttreten
des deutsch-sowjetischen Abkommens vom 13. Juni 1989 über Jugendaustausch
im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus**

Vom 1. Dezember 1995

In Bonn und Minsk ist durch Notenwechsel vom 29. Juni 1994/21. Oktober 1994 eine Vereinbarung über das Außerkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Jugendaustausch vom 13. Juni 1989 im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus geschlossen worden. Die Vereinbarung ist

am 29. September 1995

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note der Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 1. Dezember 1995

**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Im Auftrag
Dr. Wabnitz**

Auswärtiges Amt

Bonn, den 29. Juni 1994

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Republik Belarus aus Anlaß der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Komitee für Jugendfragen beim Ministerrat der Republik Belarus über jugendpolitische Zusammenarbeit folgendes mitzuteilen:

Mit Inkrafttreten der am 29. Juni 1994 in Bonn unterzeichneten Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Komitee für Jugendfragen beim Ministerrat der Republik Belarus über jugendpolitische Zusammenarbeit tritt das Abkommen vom 13. Juni 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Jugendaustausch im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus außer Kraft.

Das Auswärtige Amt bittet die Botschaft, das Einverständnis der Regierung der Republik Belarus mit dem Inhalt dieser Note zu bestätigen.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Republik Belarus erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Republik Belarus
Fritz-Schäffer-Str. 20
Bonn

Bekanntmachung
der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Komitee für Jugendfragen beim Ministerrat der Republik Belarus
über jugendpolitische Zusammenarbeit

Vom 1. Dezember 1995

Die in Bonn am 29. Juni 1994 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Komitee für Jugendfragen beim Ministerrat der Republik Belarus über jugendpolitische Zusammenarbeit ist nach ihrem Artikel 8

am 29. September 1995

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 1. Dezember 1995

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Im Auftrag
Dr. Wabnitz

Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Komitee für Jugendfragen beim Ministerrat der Republik Belarus
über jugendpolitische Zusammenarbeit

Das Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Komitee für Jugendfragen beim Ministerrat
der Republik Belarus –

auf der Grundlage des Abkommens vom 3. März 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Belarus über kulturelle Zusammenarbeit,

geleitet von den Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 1. August 1975 und der Charta von Paris für ein

neues Europa vom 21. November 1990 sowie der weiteren KSZE-Dokumente,

überzeugt von dem wesentlichen Beitrag der Jugend beim Aufbau von gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit,

in dem Willen, die gegenseitigen jugendpolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern auszuweiten und zu vertiefen,

mit dem Ziel, das gegenseitige Kennenlernen der Jugendlichen beider Länder voranzubringen –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien fördern in jeder Weise die allseitigen Verbindungen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Jugend beider Länder durch Begegnungen, Austausch und Vertiefung der Zusammenarbeit in allen Bereichen der Jugendarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

(2) Die Vertragsparteien eröffnen die Möglichkeit des Jugendaustauschs für Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Schichten und ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zur Mehrheitsbevölkerung oder zu einer nationalen Minderheit. Die Teilnahme an Programmen ist nicht von der Zugehörigkeit zu einem Jugendverband abhängig.

(3) Am Jugendaustausch können grundsätzlich Jugendliche im Alter von 12 bis 26 Jahren teilnehmen. Unter diese Altersbegrenzung fallen nicht Begleitpersonen sowie Fachkräfte und Multiplikatoren der Jugendarbeit. Weitere Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Vertragsparteien.

(4) Die Vereinbarung umfaßt nicht den Austausch von Jugendlichen zu Zwecken des Studiums oder der wissenschaftlichen Arbeit, der Berufsausbildung, der Arbeitsaufnahme, den Schüler- und Lehreraustausch sowie den Austausch und die Begegnung auf dem Gebiet des Leistungssports.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien unterstützen Kontakte, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen allen Gliederungen der öffentlichen und freien Träger der Jugendarbeit.

(2) Die Jugendverbände und Jugendgruppen sowie die in der Jugendarbeit tätigen Institutionen und Organisationen führen die Programme aufgrund direkter Absprachen und in eigener Verantwortung durch.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien unterstützen insbesondere folgende Arten und Formen der jugendpolitischen Zusammenarbeit:

1. Gemeinsame Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte der Jugendarbeit und Vertreterinnen und Vertreter von Jugendorganisationen und Jugendverbänden;
2. Hospitationen für Fachkräfte der Jugendarbeit;
3. Jugendtreffen zum vertiefenden gegenseitigen Kennenlernen und zur besseren Verständigung;
4. gemeinsame Seminare und Veranstaltungen über politische, soziale, geschichtliche, landeskundliche, kulturelle sowie wirtschaftliche Themen;
5. freiwillige gemeinsame Arbeiten der Jugend zu Zwecken des Gemeinwohls (work-camps) sowie Freiwillige Dienste;
6. gemeinsame Maßnahmen im Bereich des Umwelt-, Natur- und Denkmalschutzes;
7. gemeinsame Maßnahmen mit behinderten Jugendlichen und Fachkräften der Arbeit mit Behinderten;
8. gemeinsame Maßnahmen im Bereich der kulturellen, geistes- und naturwissenschaftlichen sowie technischen Jugendbildung;
9. Begegnungen und Erfahrungsaustausch im Bereich der sportlichen Jugendarbeit;
10. Begegnungen und Erfahrungsaustausch zwischen jungen Erwerbstätigen;
11. Austausch von Jugendgruppen im Rahmen von kommunalen und regionalen Beziehungen;
12. gemeinsame Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Jugendpolitik und der Jugendforschung;
13. Austausch von jungen Journalistinnen und Journalisten sowie von Vertreterinnen und Vertretern aus Jugendmedien.

(2) Die Vertragsparteien räumen der fachlichen Zusammenarbeit Vorrang ein vor Programmen der Jugendbegegnung.

Artikel 4

(1) Zur Durchführung dieser Vereinbarung, zur Auswertung der jugendpolitischen Zusammenarbeit, zur Koordinierung der Programme und Maßnahmen sowie zur Festlegung von Schwerpunkten der jugendpolitischen Zusammenarbeit und ihrer zukünftigen Entwicklung werden jährlich Protokolle vereinbart.

(2) Die Protokolle können zwischen beiden Vertragsparteien direkt in gemeinsamen Sitzungen oder über die jeweiligen Botschaften vereinbart werden.

(3) Zur vertiefenden Auswertung und zur Weiterentwicklung der jugendpolitischen Zusammenarbeit können bei Bedarf Tagungen und Kolloquien veranstaltet werden.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien stellen für den Jugendaustausch und die Zusammenarbeit der Organisationen und Institutionen im Jugendbereich öffentliche Mittel nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften zur Verfügung.

(2) Die Vertragsparteien sind bestrebt, die finanziellen Rahmenbedingungen für die jugendpolitische Zusammenarbeit zu verbessern.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren die devisenlose Durchführung des Austausches. Für die Programme und Maßnahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit gilt grundsätzlich:

- a) Die empfangende Seite trägt die Kosten für den Aufenthalt, die Kosten für das Programm und gegebenenfalls der Reisen, die zum Programm gehören. Sie verpflichtet sich, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Dauer des Aufenthaltes ausreichend gegen Unfall, Krankheit und Schadensersatzansprüche zu versichern. Ausgenommen hiervon sind chronische Erkrankungen und Zahnersatz. Wenn nicht anders vereinbart, stellt die gastgebende Seite eine Dolmetscherin/eine Sprachmittlerin oder einen Dolmetscher/einen Sprachmittler.
- b) Die entsendende Seite trägt die Kosten für die Hinreise zu dem Ort des gemeinsamen Programmbeginns sowie für die Rückreise.

(2) Beide Seiten können den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den Programmen ein Taschengeld gewähren. Die Höhe des Taschengelds wird jährlich von den beiden Vertragsparteien festgelegt.

(3) Beide Seiten erteilen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Austausch auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Visa kostenfrei. Die Kostenbefreiung bezieht sich auch auf Programme zur Erholung von Kindern und Jugendlichen aus den Gebieten, die vom Reaktorunfall in Tschernobyl betroffen wurden. Für diese Programme gilt in Abweichung von Artikel 1 (3) keine untere Altersgrenze. Beide Seiten bemühen sich, die Visa unverzüglich zu erteilen.

(4) Die Vertragsparteien bemühen sich, Vergünstigungen für Jugendliche im Rahmen geltender Gesetze oder Regelungen des jeweiligen Landes den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Austausch einzuräumen.

Artikel 7

(1) Diese Vereinbarung schließt nicht die Möglichkeit der Entwicklung anderer oder zusätzlicher Kontakte und Vorhaben in der beiderseitigen jugendpolitischen Zusammenarbeit aus.

(2) Diese Vereinbarung berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften.

Artikel 8

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung angesehen.

Artikel 9

Diese Vereinbarung wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Sie verlängert sich jeweils stillschweigend um weitere fünf Jahre, sofern sie nicht von einer der beiden Vertragsparteien spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 29. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland

Angela Merkel

Für das Komitee für Jugendfragen beim Ministerrat
der Republik Belarus

Michail Podgajny

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit der Arabischen Republik Syrien**

Vom 4. Dezember 1995

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach Abschluß der Konsultationen aufgrund des Artikels 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) gemäß einer an die Regierung der Arabischen Republik Syrien gerichteten Verbalnote vom 26. Januar 1995 festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Arabischen Republik Syrien abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 7. November 1994 (BGBl. II S. 3754) und vom 27. November 1995 (BGBl. 1996 II S. 37).

Bonn, den 4. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Anlage

1. Abkommen vom 2. August 1965 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Syrischen Arabischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seeschifffahrt
2. Vertrag vom 27. April 1970 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Syrischen Arabischen Republik über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen (GBl. 1970 I S. 299)

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zum Schutz des Menschen
bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten**

Vom 4. Dezember 1995

Das Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. 1985 II S. 538) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 3 für

Griechenland am 1. Dezember 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Mai 1995 (BGBl. II S. 430).

Bonn, den 4. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung**

Vom 6. Dezember 1995

Das Internationale Übereinkommen vom 7. März 1966 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (BGBl. 1969 II S. 961) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Usbekistan am 28. Oktober 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Mai 1995 (BGBl. II S. 519).

Bonn, den 6. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls Nr. 9
zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten**

Vom 6. Dezember 1995

Das Protokoll Nr. 9 vom 6. November 1990 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1994 II S. 490, 491) ist nach seinem Artikel 7 Abs. 2 für

Belgien am 1. Dezember 1995
in Kraft getreten.

Es wird ferner für
Portugal am 1. Februar 1996
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Oktober 1995 (BGBl. II S. 975).

Bonn, den 6. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zum Schutz von Pflanzenzüchtungen**

Vom 6. Dezember 1995

Das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen in der Fassung vom 23. Oktober 1978 (BGBl. 1984 II S. 809) ist nach seinem Artikel 33 Abs. 2 für die

Ukraine am 3. November 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Oktober 1995 (BGBl. II S. 988).

Bonn, den 6. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens
der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

Vom 6. Dezember 1995

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783) ist nach seinem Artikel 23 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Aserbaidschan	am	14. August 1995
Bhutan	am	23. November 1995
Bulgarien	am	10. August 1995

mit folgendem, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde erhobenen Vorbehalt:

(Übersetzung)

(Courtesy translation) (Original: Bulgarian)

"The Republic of Bulgaria declares that in accordance with article 4, paragraph 6, and with respect to paragraph 2 (b) of the said article, it accepts as a basis of the anthropogenic emission in Bulgaria of carbon dioxide and other greenhouse gases not controlled by the Montreal Protocol, the 1988 levels of the said emissions in the country and not their 1990 levels, keeping records of and comparing the emission rates during the subsequent years."

(Höflichkeitsübersetzung) (Original: Bulgarisch)

„Die Republik Bulgarien erklärt, daß sie in Übereinstimmung mit Artikel 4 Absatz 6 und in bezug auf Absatz 2 Buchstabe b des genannten Artikels als Grundlage der anthropogenen Emissionen von Kohlendioxid und anderen nicht durch das Montrealer Protokoll geregelten Treibhausgasen in Bulgarien das Niveau dieser Emissionen im Land von 1988 und nicht ihr Niveau von 1990 anerkennt, wobei sie die Emissionswerte in den darauffolgenden Jahren aufzeichnet und vergleicht.“

Dschibuti	am	25. November 1995
Ghana	am	5. Dezember 1995
Kasachstan	am	15. August 1995
Moldau, Republik	am	7. September 1995
Mosambik	am	23. November 1995
Namibia	am	14. August 1995
Niger	am	23. Oktober 1995
Panama	am	21. August 1995
Sierra Leone	am	20. September 1995
Turkmenistan	am	3. September 1995

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. August 1995 (BGBl. II S. 724).

Bonn, den 6. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,15 DM (6,20 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 9,15 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1996 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe

Vom 6. Dezember 1995

Das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe (BGBl. 1976 II S. 1477; 1978 II S. 1239; 1980 II S. 1406; 1981 II S. 379; 1985 II S. 1104) ist nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für

Usbekistan am 10. Oktober 1995
in Kraft getreten.

Es wird ferner nach Artikel 26 Abs. 2 und Artikel 32 Abs. 3 für

Myanmar am 20. Dezember 1995
nach Maßgabe der folgenden Vorbehalte
in Kraft treten:

(Übersetzung)

„The Government of the Union of Myanmar will not consider itself bound by the provisions of Article 19, paragraphs 1 and 2.

The Government wishes to express reservation on Article 22, paragraph 2 (b) relating to extradition and does not consider itself bound by the same.

The Government of the Union of Myanmar further wishes to express that it does not consider itself bound by the provisions of Article 31, paragraph 2 of the Convention concerning the referral to the International Court of Justice of a dispute relating to the interpretation or application of the Convention.“

„Die Regierung der Union Myanmar betrachtet sich durch Artikel 19 Absätze 1 und 2 nicht als gebunden.

Die Regierung bringt einen Vorbehalt zu Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b betreffend die Auslieferung an und betrachtet sich durch diese Bestimmung nicht als gebunden.

Die Regierung der Union Myanmar bringt ferner zum Ausdruck, daß sie sich durch Artikel 31 Absatz 2 des Übereinkommens betreffend die Verweisung einer Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens an den Internationalen Gerichtshof nicht als gebunden betrachtet.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Oktober 1995 (BGBl. II S. 983).

Bonn, den 6. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann